

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Verlagsdruck: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14074  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontenkonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 25 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Eingekauft 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. W. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 139

Dresden, Sonnabend, 16. Juni

1928

## Die Anleiheverschuldung der deutschen Städte.

Berlin, 16. Juni.  
Die mit der Juninummer der Zeitschrift „Der Städtebau“ zum erstenmal erscheinenden „Statistischen Vierteljahrsberichte“ bringen unter anderem die Ergebnisse einer vom Deutschen Städtebauverbanden Erhebung über die Anleiheverschuldung der deutschen Städte. Nach dieser Zusammenfassung betrug die langfristige Anleiheverschuldung ohne Ablösung und Aufwertungsoverparierungen für die Gesamtheit der deutschen Städte mit über 25 000 Einwohnern (ohne Hansstädte) einschließlich ihrer Betriebe zum 31. März d. J. 2012,2 Mill. RM., wovon auf die Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern 52,4 Proz. entfielen. Die gesamte langfristige Anleiheverschuldung gliedert sich in 1397,5 Mill. RM. Inlandsanleihen und 614,7 Mill. RM. Auslandsanleihen, d. h. 30,5 Proz. der Gesamtsumme. Der Anteil der Auslandsanleihen ist bei den größten Städten am höchsten (Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern 46,4 Proz.). Er liegt in den Städten geringerer Größe weit unter dem Durchschnitt, da in diesen auslandsanleihefähige Verwendungszwecke an Bedeutung zurücktreten. Ein umfassender Überblick wird über die Verwendung der langfristigen Anleiheverschuldung gegeben. Bei den Inlandsanleihen ergeben sich als Hauptverwendungszwecke Wohnungsbau und Siedlungswesen (28,2 Proz.), 93,9 Proz. der langfristigen Auslandsanleihen sind den Wasserungsgebühren und Verkehrsunternehmungen zugewandt worden; auf die Wirtschaftswerke allein entfallen 61,4 Proz. Ein Betrag von 26,7 Mill. RM. geht auf die in der Kriegszeit von einer Reihe von Städten für Kriegsmobilisationszwecke in der Schweiz aufgenommenen Anleihen zurück.  
Für die Verpflichtungen aus dem Anleiheabzinsungs- und Aufwertungsrecht (ohne Hypotheken- und Grundschulden) hat sich ein Betrag von 691,7 Mill. RM. oder 30,72 Proz. der Bevölkerung ergeben. Durch die Verrechnung sind schließlich langfristige Schulden in Höhe von 664,7 Mill. RM. ermittelt worden. Außerdem hatten die Städte als Ersatz für noch nicht fällige ordentliche Einnahmen 146,6 Mill. RM. als Kassenreserven und vorübergehende Betriebsreserven bereitgestellt.

## General Schönau aus der Demokratischen Partei ausgetreten.

Berlin, 16. Juni.  
Wie die „Sächsische Zeitung“ meldet, ist Generalmajor a. D. Freiherr Paul v. Schönau bereits im Februar aus der Demokratischen Partei ausgetreten. Den äußeren Anlaß dazu habe der Protest der württembergischen Demokraten gegen Schönau's Propaganda für die Kriegsbewertung gegeben. Kurz mit Rücksicht auf die Kandidatur Langens in seinem Kreis Schönbühl habe er mit der Parteimitgliedschaft seinen Austritt bis nach der Wahl zurückgezogen.

## Koch-Weser wieder Vorsitzender der demokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 16. Juni.  
Die demokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Freitagssitzung die Wahl des Fraktionsvorsitzenden vor. Dabei wurde der Abgeordnete Koch-Weser zum Vorsitzenden wiedergewählt. In den Fraktionsvorsitz gewählt wurden ferner die Abgeordneten Eitelberg, Dittich, Haas, Frau Dr. Bäumer und Dr. Fischer-Röhl sowie der zugleich als Geschäftsführer nominierte Hegler.

## Zur Befehung des Postens des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 16. Juni.  
Das Bezirksparlament der Christlichen Gewerkschaften richtete an den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Abgeordneten Dr. Stegerwald, folgendes Telegramm: Nach dem von den Sozialdemokraten besonders gegen Dr. Baum's geführten gefährlichen Wahlkampf und den heutigen Angriffen in der Vergangenheit gegen Dr. Baum's und die christlichen Gewerkschaften bitten

## Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung überwunden?

### Die Volkspartei erklärt ihre Bereitschaft zu Verhandlungen.

Berlin, 16. Juni.  
Die innerpolitische Lage hat gestern abend insofern eine gewisse Entspannung erfahren, als die volksparteiliche Reichstagsfraktion feststellte, sie sei nach wie vor zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Regierungsbildung bereit und werde einer Einladung zur Erörterung der sachlichen Fragen jederzeit Folge leisten. Demgegenüber tritt die weitere Feststellung, sie erwarte, daß die preussische Frage im Sinne der Fraktion weiter geklärt werden könne, an Bedeutung zurück. Die Forderung der Deutschen Volkspartei auf gleichzeitige Beteiligung an der preussischen Regierung wird also zunächst aus den Verhandlungen der Reichstagsfraktionen ausgeklammert und jetzt neuerlich der Reichsregierung überlassen, die Lösung dieses Problems durch Verhandlungen unter den preussischen Landtagsparteien zu finden.  
Vorläufig finden bis zu Beginn der kommenden Woche keine Fraktionsberatungen im Reichstage statt. Wohl aber hat Müller-Trankan für heute vormittag eine interfraktionelle Sitzung einberufen, in der die sachlichen Forderungen der Volkspartei von den Führern der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien erörtert werden. Gleichzeitig werden die preussischen Verhandlungen in Gang kommen. Die Unterhändler der volksparteilichen Landtagsfraktion haben an die Weimarer Parteien in Preußen formell das Ersuchen um Eintritt in die Koalitionsverhandlungen gerichtet. Der Führer der preussischen Zentrumskommision, Abgeordneter Dr. Feß, und der gleich-

falls dem Zentrum angehörende Wohlfahrtsminister Hirscher wurden telegraphisch nach Berlin zurückberufen, um an diesen Verhandlungen teilzunehmen. Es ist zu erwarten, daß es zwischen den preussischen Landtagsparteien zu einer Verständigung kommen wird im Sinne, daß der Termin für den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung genau umschrieben wird. Sollte sich die volksparteiliche Fraktion in Preußen mit diesem Kompromiß zufrieden geben, dann wird die Reichstagsfraktion der Volkspartei ihre Forderung nach gleichzeitiger Herstellung der Großen Koalition im Reich und in Preußen nicht mehr aufrechterhalten. Die neue Taktik der Volkspartei, zunächst erst in Preußen eine Stärkung herbeizuführen, wird dem Eingreifen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann zugunsten, der lange Besprechungen mit dem volksparteilichen Fraktionsvorsitzenden abhielt. An der Fraktionsführung selbst beteiligte sich Dr. Stresemann, was ausdrücklich hervorzuheben ist, aus gesundheitlichen Gründen nicht.

Die Festsetzung der Lage wird heute auch aus vorläufigen Kommentaren der offiziellen volksparteilichen Presse ersichtlich. Sie erklärt, die Schwierigkeiten der kommenden Verhandlungen dürften nicht überschätzt werden. Auch von der Möglichkeit eines Unterganges der Volkspartei in der Terminfrage wird bereits gesprochen. Jedenfalls kann die Bereitschaft der Volkspartei zur Fortsetzung der programmatischen Verhandlungen im Reich als ein günstiges Zeichen gedeutet werden.

die Köhler christlichen Gewerkschaften, das Reichsarbeitsministerium den Sozialdemokraten zur vollen Verantwortung zu überlassen."

## Der Stahlhelm an die volksparteilichen Kameraden.

Berlin, 16. Juni.  
Die Landesführer des Stahlhelms hat an den volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Kulenkampff einen Brief gerichtet, in dem es heißt: Die Bundesführung des Stahlhelms denkt selbstverständlich nicht daran, die Kameraden abgeordneten in der freien Ausübung ihres Mandats einzuschränken dem Art. 21 der Reichsverfassung zu behindern. Aber sie nimmt für sich das Recht in Anspruch zu den politischen Vorgängen Stellung zu nehmen. In dem gegenwärtigen Zeitpunkt hält sie es für notwendig, vor einer Politik zu warnen, welche der Sozialdemokratie die Verantwortung abnimmt.

## Die Unfallziffern im deutschen und im russischen Bergbau.

Berlin, 16. Juni.  
Die „Kölnische Zeitung“ bespricht in ihrer Ausgabe vom 14. Juni den preussischen Handelsminister in grober Weise, bei einer früheren Landtagsrede sich auf falsche Zahlen über die Unfallziffern im russischen Bergbau gestützt zu haben, und behauptet, der Minister habe zugeben müssen, daß seine Zahlen falsch seien. Diese Behauptung ist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, unrichtig. Der Minister hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er vergleichbare Ziffern einander gegenübergestellt habe. In diesem Zwecke mußten natürlich die weniger gefährlichen russischen Tagebaubetriebe wegbleiben, wenn auf deutscher Seite nur die Steinkohlengruben an der Ruhr angeführt wurden, die in mehreren hundert Metern Tiefe betrieben werden. Vor allem aber werden die Kommunisten nicht bestreiten können — und nur darauf kam es ihnen in diesem Zusammenhang überhaupt an —, daß es auch im russischen Bergbau bisher nicht gelungen ist, die Ziffern schwerer Unfälle unter ein gewisses reichlich hohes Maß herabzusetzen.

## Reichsbannerfarben sind Staatsfarben.

Der Schriftsteller und deutsch-nationale Wahlredner Walter Korodi-Berlin hat sich gestern vor der Versammlung des Landgerichtsrats Wölfling unter der Auflage der Verleumdung der Reichsbannerfarben zu betätigen. Der Angeklagte Korodi hatte in einer Versammlung in Wölfling einen beleidigenden Anspruch gegen die Farben des Reichsbanners getan. In erster Instanz war Korodi vom Landgericht Wölfling freigesprochen worden. Das Landgericht verurteilte den Angeklagten zu 210 M. Geldstrafe. Korodi erklärte, daß er dagegen Revision beim Reichsgericht einlegen werde. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt: Da das Reichsbanner nur mit dem einzigen Ziele gegründet worden sei, den Staat zu schützen und zu schützen, so seien somit die Farben des Reichsbanners mit den Farben des Staates zu identifizieren.

## Ein Brief Titulescus an den Reichspräsidenten.

Genf, 16. Juni.  
In der Angelegenheit des ungarisch-rumänischen Opiumstreits hat der rumänische Außenminister einen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet, in dem er im Wesentlichen zum Grafen Apponyi der Meinung Ausdruck gibt, daß der Streitfall für den Völkerbundestrat nach seinem letzten Beschluß abgeschlossen sei und die einseitigen Erklärungen des Grafen Apponyi daran nichts ändern können. Titulescu will keine Auffassung auf die von den Ratmitgliedern unwiderrufen gebliebene Erklärung des Reichspräsidenten stützen, wonach die Angelegenheit für den Rat abgeschlossen sei. In seinem Besichtigungsbuch beschränkt sich der Reichspräsident auf eine inhaltliche Wiederholung des Briefes von Titulescu. Es sei jedoch bei diesem Anlaß daran erinnert, daß über den Kernpunkt der ungarischen Rechtsauffassung, die Schiedsgerichtsbarkeit und ihr Funktionieren auf Grund der Bestimmungen des Trianon-Vertrages bisher der Rat bei Verhandlung des Opiumstreits noch niemals einen Beschluß gefaßt hat.

## Um die Präsidentschaft der Union.

### Hoover der kommende Mann.

Unter einem Freudentumult wurde Herbert Clark Hoover auf dem republikanischen Konvent in Kansas City mit 837 von 1089 Stimmen zum Präsidentschaftskandidaten der Partei nominiert. Die Berichte aus der Provinzstadt am Missouri sind voll von Einzelheiten über die Begeisterungsluft, die dem Nominierungstakt vorangingen und folgten. Etwas Fremdartiges liegt für uns Europäer in diesem demonstrativen Fanatismus, den die Aufsicht auf die Wahl eines Unionspräsidenten auslöst, der im bürgerlichen Leben das höchste Amt eines Handelsministers verwaltet. Was erwartet der Amerikaner von dieser Präsidentschaft? Was macht sein Herz höher schlagen bei dem Gedanken, daß am 4. November, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Mehrheit des amerikanischen Volkes sich für Hoover entscheiden wird?

Im mittelalterlichen Rom tief nach der Wahl des neuen Papstes im Konklave die freudetrunkene Menge ihr „Habemus papam!“ durch die Straßen. Der Jubel galt der durch die Wahl auf neue bestätigten Einheit der Kirche. Der Unionsfanatismus, den die Nominierung des Handelsministers Hoover unter den Republikanern der Union erzeugt, steht im Zeichen des magischen Wortes „Prospere!“.

„Prospere!“ ist das Schlagwort des gegenwärtigen Wahlsiegers in Amerika und Herbert Hoover keine individuelle Information. Die republikanische Partei, die eigentliche Trägerin des gewaltigen Wirtschaftsaufschwungs der Vereinigten Staaten seit dem Weltkrieg, hat in ihm den Herold und typischen Repräsentanten dieses wirtschaftsmächtigen, weltbeherrschenden Amerika gefunden.

Hoover ist für den Amerikaner der Mann der Praxis, der Organisation. Der geborene Ordner, der, ausgestattet mit einer seltenen Durchführungsenergie, zwischen Geschäft und Humanität zielbewußt die Mitte hält. Ein Mensch seiner Herkunft, wie das Land, das ihn geboren hat. Aus armer Familie stammend, muß er sich die Mittel zu seinen technischen Studien mühsam verdienen. Der unbekannt Ingenieur bahnt sich den Weg zum erfolgreichen Staatsmann. Als weltberühmter Vorsitzender der Ernährungs-Kommission, die den Hungernden Europas half, reich gegen die Hungernot bestehen, stellt er das moralische Vorbild der Union, besucht er sie, der Weltmeinung gegenüber, vor dem Vorwurf des Abgleitens in klemmungslosen Kommerzialisismus zu bewahren.

Tadel ist er stets Kaufmann, stets ein wirtschaftlich denkender Mensch; selbst dort, wo er ausgesprochen humanitären Zielen zustreben scheint. Seiner Überzeugung nach ist die amerikanische Geschäftswelt viel leistungsfähiger als die amerikanische Regierung. Man sollte, meint er, auf die sozialen und politischen Probleme die Methoden des Geschäftsmannes, des Ingenieurs, des Wissenschaftlers anwenden.

So formuliert, so lebt er das Ideal des amerikanischen Menschen dieser Tage. Und so wirkt er in seinem amtlichen Wirkungskreis, als Handelssekretär und Handelsminister, und weit darüber hinaus Liebe, nicht so sehr für seine Person, als für seinen Typus. Niemand wird mit so viel Hingebung an die Sache gearbeitet, wie in seinem Ressort. Man glaubt an ihn und an seine völlig untheoretische Methode. Man ist überzeugt, daß er den richtigen Weg geht: den Weg zur Wirtschaftsdemokratie, die einer freiwirtschaftlichen Anjaht von amerikanischen Bürgern einen sicheren Anteil am allgemeinen Wohlstand gewährleisten.

Hoover genießt bei weitem nicht die Popularität seines demokratischen Hauptgegners, des New Yorker Gouverneurs Alfred Emanuel Smith, mit dessen Nominierung auf dem bevorstehenden demokratischen Parteikonvent zu Houston in Texas bestimmt zu rechnen ist. Er hat sogar ziemlich viele Feinde: namentlich unter den Farmern, die es ihm nicht verzeihen können, daß er als Handelsminister den Präsidenten Coolidge in seinem Widerstand gegen das landwirtschaftliche Hilfsprogramm der Mac Kay-Haugen-Bill unterstützt hat. Aber was ihm an wirtschaftlicher Sympathie fehlt, ersetzt die Achtung dem Mann und seinem Werk, der offene einheimische Respekt vor dem Erfolg.